



**Geschäftsführung  
Ausschuss für Anregungen und  
Beschwerden**

Ansprechpartner: Herr Schnitzler

Telefon: (0221) 221-26144

Fax : (0221) 221-26005

E-Mail: [norbert.schnitzler@stadt-koeln.de](mailto:norbert.schnitzler@stadt-koeln.de)

Datum: 12.11.2007

## **Auszug**

### **aus der Niederschrift der 21. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 18.06.2007**

öffentlich

**3.1 Eingabe zum Ausbau der Kreuzung Stolberger Straße / Eupener Straße in  
Köln-Braunsfeld (Az.: 02-1600-20/07)  
Ds-Nr.: 0509/007**

**Beratungsverlauf:**

Herr Sonnemann erläutert als Vertreter der Antragsteller die Eingabe. Anhand von Overheadfolien stellt er die Örtlichkeit dar. Er kritisiert, dass in der Verwaltungsvorlage die Themen Verkehrssicherheit, Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit des großen geplanten Kreisverkehrs nicht korrekt dargestellt sind. So sei nach seiner Überzeugung der große Kreisverkehr problematisch für Fußgänger und Fahrradfahrer, da u. a. in einem großen Kreisverkehr schneller gefahren werden kann. Hinsichtlich der Leistungsfähigkeit sei der geplante Kreisverkehr überdimensioniert. Ein Kreisverkehr dieser Größe könnte 20.000 bis 25.000 Pkw/Tag aufnehmen. Die Rahmenplanung würde jedoch von einem künftigen Verkehrsaufkommen von maximal 15.000 Pkw/Tag ausgehen. Hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit gehe die Verwaltung davon aus, dass ein kleiner Kreisverkehr lediglich eine Übergangslösung darstellen würde. Da auch ein kleiner Kreisverkehr das prognostizierte Verkehrsaufkommen sogar mit Kapazitätsreserven von ca. 13 % aufnehmen kann, könnte dieses jedoch auch als Dauerlösung geeignet und wirtschaftlich sein.

Herr Rothe, 66, Amt für Straßen und Verkehrstechnik, nimmt Stellung für die Verwaltung. Er weist darauf hin, dass das Problem bereits ausführlich im Verkehrsausschuss diskutiert wurde. Auch im Hinblick auf den Baufortschritt und die Investitionen sei es sehr fraglich, ob eine erneute inhaltliche Diskussion noch Sinn hat. Er betont, dass aus Sicht der Verwaltung in verkehrstechnischer Hinsicht der große Kreisverkehr nach wie vor notwendig ist; auch sei die Finanzierung gesichert. Da die Baumaßnahme nicht mehr aus Mitteln für den Radwegebau

finanziert wird, sei mittlerweile die Bezirksvertretung Lindenthal das zuständige Beschlussorgan für die Maßnahme.

Frau Dr. Reimers vertritt die Auffassung, dass die Angelegenheit noch einmal in den Fachausschüssen, z. B. auch im Finanzausschuss, diskutiert werden sollte, da es z. B. keine Landeszuschüsse für die Maßnahme mehr gibt. Auch sei fraglich, ob die Vertragsgrundlage mit der Firma Lammerting noch gültig ist. Auf der Basis neuer Erkenntnisse soll die Notwendigkeit eines großen Kreisverkehrs nochmals geprüft werden.

Herr Thelen findet den geplanten Kreisverkehr hinsichtlich der Stadtgestaltung problematisch, da dieser außerhalb der Mitte der Kreuzung erstellt werden soll.

Frau Holländer macht deutlich, dass Beschlüsse, die aufgrund von ausführlichen Diskussionen in den Fachausschüssen gefasst wurden, nicht mehr in Frage gestellt werden sollten. Sie spricht sich für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.

Frau Schmerbach regt an, die Angelegenheit zu überdenken, falls sich die Rahmenbedingungen geändert haben. So sei es aus ihrer Sicht wichtig, nochmal die Notwendigkeit eines großen Kreisverkehrs, die Finanzierung, die Einbindung der Radwege und die Werbung durch die Firma Lammerting zu hinterfragen.

Frau Gebauer führt aus, dass die Maßnahme im Fachausschuss ausführlich diskutiert wurde und so auch umgesetzt werden sollte. Nach ihrer Information sei der große Kreisverkehr insbesondere notwendig für doppelzügige Lkw, die das Industriegebiet befahren.

Nach einer kontroversen Diskussion über die Sinnhaftigkeit, Beschlüsse von Fachausschüssen in Frage zu stellen, formuliert der Vorsitzende einen Änderungsvorschlag und stellt ihn zur Abstimmung. Zunächst lässt er über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen; dieser wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

#### **Abweichender Beschluss:**

Die Eingabe wird ohne Votum an die Bezirksvertretung Lindenthal überwiesen. Es wird empfohlen, sich von der Verwaltung ausführlich die in der Beratung angesprochenen Fragen beantworten zu lassen. Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden und die Antragsteller sollen über das Ergebnis informiert werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP